

Privatisierung der Wasserversorgung - Privatisierung von Menschenrechten?

Gespräch mit Mathias Ladstätter

Interview: Magdalena Moschek



Mathias Ladstätter ist Leiter des Fachbereichs Wasserwirtschaft in der Gewerkschaft ver.di und Mitglied der Koordinierungsgruppe der europaweiten Initiative „Water is a human right“. Er vertritt die Bürgerinitiative in Deutschland.

Wie wir alle wissen ist Wasser die Quelle allen Lebens, es gilt als öffentliches Gut, hat einen umweltbezogenen Wert, unterliegt zudem wirtschaftlichen Faktoren und politischen Interessen. Staaten steht es allgemein offen, ob Wasser- und Abwassersysteme öffentlich verwaltet oder von privaten Unternehmen bewirtschaftet werden. Die Privatisierung von öffentlichen Gütern wurde schon häufig in Ländern mit infrastrukturellen Problemen als Entwicklungsstrategie vorangetrieben. Im Bereich der Wasserversorgung wird argumentiert, eine Privatisierung wirke Korruption entgegen und ermöglicht das Vorantreiben der Grundversorgung auch in abgelegene Gebiete. Zudem erwartet man sinkende Preise mit jedem weiteren Anschluss. Studien belegen teils positive aber auch negative Effekte im entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Herr Ladstätter ich freue mich sehr, dass Sie sich Zeit genommen haben uns einige Fragen zur aktuellen Lage der Wasserversorgung zu beantworten. Für den Einstieg, können Sie uns sagen welche Probleme es speziell im Wassersektor gibt?

Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass es riesige Probleme mit der Wasserversorgung für alle Menschen gibt. Die Weltbevölkerung wächst und eine Problemlösung rückt weiter in die Ferne. Wasser ist in erster Linie das wichtigste Lebensmittel für die Menschen. Zugang zu Wasser ist aber auch ein wichtiger Motor für die Entwicklung der Infrastruktur in den Schwellen- und Entwicklungsländern.



Wasser ist in vielen Regionen der Erde sehr knapp. Es ist ein Lebensstoff, der in seiner Qualität und Reinheit nur beschränkt zur Verfügung steht. Die Fähigkeit der Natur sich selbst zu regenerieren wird durch die menschliche Zivilisation immer mehr zerstört. Die Chance, dass private Konzerne das Problem alle Menschen mit ausreichend Wasser zu versorgen lösen, ist vertan. Mit der bloßen Ausrichtung, Gewinne zu erzielen, haben sich in allen Regionen die Probleme eher verschärft. Gerade bei Wasser wird deshalb eine politische Herangehensweise gebraucht, die mehr auf Hilfe zur Selbsthilfe setzt. Selbst Europa hat riesige Probleme alle Menschen mit ausreichend sauberem Wasser zu versorgen. Noch weniger haben wir die sanitäre Grundversorgung im Griff.

Welche Erfahrungen haben europäische Länder mit der Privatisierung von Wassernetzen und Abwassersystemen?

Zur Privatisierung von öffentlichen Gütern gehören immer zwei Seiten, eine politische Elite die zum Verkauf bereit ist und natürlich die privaten Anbieter. In den osteuropäischen Staaten gab es nach der Wende eine riesige Privatisierungswelle. Das politische Klima nach Zeiten der sozialistischen Planwirtschaft war günstig. Private Konzerne stiegen ein, zumeist nicht mal mit eigenen finanziellen Mitteln, besetzten teilweise mit Minderheitsbeteiligungen um 25 Prozent die Schaltstellen – die Preise stiegen, was in gewissen Umfang gegenüber der Vergangenheit notwendig war, jedoch waren die Investitionen in die Modernisierung sehr eng dosiert. Die Menschen sind dessen überdrüssig und so hat es z.B. in Budapest Druck gegeben zu rekommunalisieren. In den westeuropäischen Ländern gibt es teilweise, wie in Frankreich, eine Tradition der privaten Bewirtschaftung. Nur war damit auch Korruption auf Schultern der Verbraucherinnen und Verbraucher üblich. Da wurden „Eintrittsgelder“ an gekaufte Politiker bezahlt, die die Konzerne über Preissteigerungen wieder hereinholten. In



England und Wales ist keiner der privatisierten Wasserversorger mehr im Eigentum eines britischen Unternehmens. Nach der Thatcher-Privatisierung stiegen die Preise und die Vorstandsgehälter und an Investitionen wurde gespart. Der Abwasserbereich ist dagegen vielerorts noch in öffentlicher Hand.

Erst seit der Anerkennung der Vereinten Nationen im Jahr 2010 ist der Zugang zu sauberem Trinkwasser sowie sanitärer Grundversorgung in der Menschenrechtsagenda verankert. Was fordert diese Resolution genau und wer hat sich dafür eingesetzt?

Dafür haben Zivilgesellschaft, NGOs (Nichtregierungsorganisationen) und internationale Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten gekämpft. Wichtige Impulsgeber waren die Entwicklungshilfsorganisationen und der Weltkirchenrat. Seit den Veränderungen in Südamerika gab es auch von dort erheblichen Druck. Das hat dann gegen den Widerstand von 17 europäischen Staaten, die sich bei der Abstimmung enthalten haben, zur Resolution geführt. Diese Resolution wurde bei Rio + 20 erneut in Frage gestellt und wieder waren die Europäer maßgeblich dabei. Eine starke Gegenposition der Südamerikaner und auch des Weltkirchenrates haben diesen Rückschritt letztendlich verhindert.

Die Resolution hat genau das zum Inhalt, was wir versuchen durch unsere Initiative in Europa zu verankern. Solange das Menschenrecht auf Wasser lediglich auf dem Papier steht, bleibt es eher ein Papiertiger. Politische Verantwortung und politischer Wille muss die Umsetzung nach vorne treiben. Für alle Menschen muss diese Willenserklärung Realität sein und einklagbar werden.

Die Europäische Kommission hat zum Jahresende 2011 den Vorschlag für eine neue Konzessionsrichtlinie veröffentlicht. Mit Hilfe dieser Richtlinie könnten die deutschen Kommunen gezwungen werden, öffentliche Dienstleistungen europaweit auszuschreiben. In Deutschland liegen 80 Prozent des Wassermarktes in kommunaler Hand. Es gibt viele Befürchtungen im Zusammenhang mit der geplanten Richtlinie, nicht zuletzt bei den Kommunen und Gemeinden. Welche Auswirkungen hätte diese Richtlinie auf die Strukturen der kommunalen Wasserwirtschaft in Deutschland?

Die Richtlinie wurde bereits ein wenig abgeschwächt, sicher eine erste Wirkung von tausenden Unterschriften. Angeblich werden jetzt alle Unternehmen herausgenommen, die mindestens 80 Prozent ihres Geschäfts im Auftragsgebiet erbringen, dazu gehören auch Zweckverbände. Mir ist noch unklar, wie zwischen Aufgabenübertragung und Kooperation unterschieden wird.

Gemischtwirtschaftliche Unternehmen (Unternehmen mit privaten Beteiligungen) sind weiterhin betroffen, das sind rund 60 Prozent unserer Stadtwerke. Da wird es viele Rekommunalisierungen geben müssen oder es muss europaweit ausgeschrieben werden. Die konkrete Ausgestaltung der jetzigen Lesart wird aber erst nach den Trilog-Verhandlungen vorliegen und wird dann von uns vorgenommen.

Aber die Qualität und das Image der Trinkwasserversorgung in Deutschland sind doch auf einem konstant hohen Niveau, warum brauchen wir eine europaweite Wasserpolitik überhaupt? Laut einer Umfrage sind 95 Prozent der Bürger mit ihrer kommunalen Wasserversorgung zufrieden bis sehr zufrieden.

Wir brauchen eine europaweite Wasserpolitik die ökologische- und Nachhaltigkeitsstandards festlegt sowie europaweite Qualitätsnormen verankert und die Partizipation der Verbraucherinnen und Verbraucher sichert. Vieles von dem steht in den umfangreichen Richtlinien, wie der Wasserrahmenrichtlinie. Die konsequente Umsetzung der hier geforderten Ziele dürfte die 10-Milliardengrenze weit überschreiten – schon wieder ein Argument gegen Liberalisierung – einheitliche Steuerung ist gefragt. Wir wollen aber auch eine europäische Wasserpolitik, die die öffentliche Wasserversorgung garantiert, die Spekulationen mit diesem Lebensmittel verbietet und die die Wasserwirtschaft aus dem Denkschema des Binnenmarktes herausnimmt. Dazu braucht es keinen neuen europäischen Rahmen, sondern die Betonung der nationalstaatlichen Verantwortung für die Durchsetzung des Menschenrechts auf Zugang zu Wasser.

Welche Befürchtungen haben Sie aus gewerkschaftlicher Sicht im Falle einer zunehmenden Privatisierung der Wasserwerke im europäischen Raum?

Die Gefahr der Stärkung der großen Energie- und Wasserkonzerne geht einher mit der Schwächung der kommunalen Strukturen und resultiert in einer weniger realistischen Bürgerbeteiligung. Die Erfahrungen der Industrienationen zeigen, dass ein Abbau der Qualitätsparameter auf ein Mindestmaß wahrscheinlicher ist als eine langfristige Verbesserung. Steigende Preise sind da nur eine natürliche Folge der Gewinnerzielung von Großkonzernen. Zudem gibt es ökologische Risiken, beispielsweise Mängel im vorsorgenden Gewässerschutz, in der Nachhaltigkeit sowie im Umweltschutz. Außerdem die Gefahr von abnehmenden Arbeitnehmerrechten und der Verschlechterung im AGS. Eine Privatisierung der Wasserversorgung bedeutet einen Dambruch für Privatisierung in allen bisher geschützten Bereichen. Alle diese Dinge sind bereits durch die Praxis bewiesen.

Auch die Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union sehen die neuen Vergaberichtlinien sehr kritisch. Die Forsa-Umfrage belegt, dass sich 82 Prozent der Befragten gegen solche neuen Vorschriften aus Brüssel aussprechen. Die Bürger wollen, dass vor allem Wasser ein öffentliches Gut bleibt und nicht privatwirtschaftlichen Interessen dient. Herr Ladstätter, Sie beteiligen sich aktiv an der europaweiten Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“. Welche Forderungen stellt die Initiative?



Rund 100 Millionen Menschen in Europa, insbesondere im Osten, haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, noch deutlich mehr leben unter schlechten sanitären Bedingungen. Wir wollen, dass die europäische Kommission die Initiative ergreift, dafür zu sorgen, dass im hoch entwickelten Europa jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht auf sauberes Wasser und sanitäre Grundversorgung hat.

Dahin gehend soll die europäische Kommission auf die Mitgliedsstaaten einwirken. Denn, wenn dieses politische Credo in Europa gültig werden würde, müsste sich die europäische Kommission unzweifelhaft auch für ein Menschenrecht auf Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung weltweit aussprechen und dies tatkräftig politisch und wirtschaftlich unterstützen. Für Europa wollen wir zudem erreichen, dass jede weitere Bemühung um Liberalisierung und Binnenmarktregulierung im Wassersektor unterbleibt. Es geht im Grunde um das tatkräftige Vorantreiben des Menschenrechts auf Wasser weltweit.

Konkret müssen wir als europäische Bürgerbewegung bis zum 31. Oktober diesen Jahres eine Million Unterschriften unter der Beteiligung aller 27-EU Ländern gesammelt haben, damit sich die Kommission mit unserem Anliegen befasst.

Ganz aktuell, am 24.01.2013 stimmte der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments über die Konzessionsrichtlinie ab. Die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen wird nun erstmals in einem europaweiten Ausschreibungsverfahren vorgeschrieben. In den Medien geben diesbezüglich Europaabgeordnete Entwarnung: Es wird nicht zu einer Liberalisierung der kommunalen Trinkwasserversorgung kommen. Wird jetzt doch alles so bleiben wie es ist?

Wie schon vorher erwähnt wurde die Richtlinie etwas abgeschwächt. Allerdings wird nichts bleiben wie es ist, wenn wir uns nicht weiter engagieren. Die Erfahrung lehrt, wachsam zu beobachten wo wieder ein Einfallstor für die Liberalisierung der Wasserwirtschaft aufgemacht wird um dann verstärkt Gegenwehr zu organisieren.

Wie wird es weitergehen, was kommt da noch auf uns zu?

In Deutschland sind wir guter Dinge, die angestrebten Unterschriften zu realisieren, zumal wir zum Weltwassertag am 22. März und am 1. Mai noch einmal verstärkt aktiv werden. Nur leider läuft die Mobilisierung nicht in allen Ländern so rund. Wir dürfen uns somit nicht auf unseren Erfolgen ausruhen. Die Durchsetzung und Gestaltung des Menschenrechts auf Wasser und auf Zugang zu sanitärer Grundversorgung ist ein Generationenprojekt. Ein kleiner Hilfsmotor ist derzeit die Europäische Bürgerinitiative (EBI).

Eine letzte Frage: Wenn der Zugang zu Wasser ein international anerkanntes Menschenrecht ist, kann es dann gleichzeitig ein Spekulationsobjekt großer Konzerne werden? Das wäre, als würden Menschenrechte nur Menschen zugänglich gemacht, wenn der Markt es gerade zulässt.

Hier kann ich ohne Umschweife mit einem „Nein, das geht dann nicht“ antworten. – und es ist meine größte Motivation für das Projekt.

Vielen Dank Herr Ladstätter für das ausführliche Interview. Weitere Informationen zur europäischen Bürgerinitiative (EBI) sowie den Link zur Unterschriftenaktion gibt es unter folgendem Link:

<http://www.right2water.eu/de/node/5>

Eine Reportage zum Thema, die bei ARD-Monitor ausgestrahlt wurde gibt es hier:

<http://www.youtube.com/watch?v=Xq4ncp-iNNA>

Berlin, 25.02.2013